Deputation für Bildung
Sitzungsprotokoll der 29. Sitzung (staatlich)

18. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2011 - 2015

Sitzungstag	Sitzungsbeginn	Sitzungsende	Sitzungsort
05. Oktober 2014	**15:35 Uhr**	**17:10 Uhr**	**Sitzungssaal 120 Rembertiring 8-12**

Teilnehmer/innen:

siehe Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
TOP 2	Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 02. Oktober und 12. November 2014	
TOP 3	Bericht über die Erarbeitung einer Richtlinie für die Ressourcenzuweisung für die Unterrichtsversorgung an den öffentlichen Schulen im Land Bremen (Landeszuweisungsrichtlinie)	L119/18
TOP 4	Jährlicher Bericht zur Umsetzung des Bremer Konzeptes für Alphabetisierung und Grundbildung	L129/18
TOP 5	Nachwahl eines stellvertretenden Mitgliedes des Landesausschusses für Weiterbildung	L130/18
TOP 6	Gesetz zur Änderung des Bremischen Schuldatenschutzgesetzes	L132/18
TOP 7	Sitzungstermine 2015	L133/18
TOP 8	Einrichtung einer Jugendberufsagentur im Land Bremen Stand der Umsetzung (III)	L134/18
TOP 9	Benchmarking-Bericht 2014	L135/18
TOP 10	Verschiedenes und Berichte	
	<u>Bericht:</u> Anträge von Schulen auf ganztägige Beschulung im Land Bremen	

Bericht: Umgang mit fastenden Schülerinnen und Schülern

Bericht: Prognose über die Abgänge aus dem Schuldienst der Stadtgemeinde Bremerhaven bis 31. Juli 2018

Bericht: Aktualisierung der Stundentafeln für Grundschule, Oberschule und Gymnasium nach Erlass des neuen Bildungsplans Religion

Kenntnisgabe: Bericht zum Stand/Ergebnis der Verhandlungen mit dem Land Niedersachsen über die Festsetzung des zu zahlenden Gastschulgeldes

Top 1 Genehmigung der Tagesordnung

Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Sie bittet darum, TOP 3 von der Tagesordnung zu nehmen und auszusetzen.

Herr Dr. vom Bruch bittet um eine Erklärung, zu wann mit einer Vorlage zur Landeszuweisungsrichtlinie rechnen könne und ob ein Inkrafttreten zum neuen Schuljahr noch gewährleistet sei. Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt teilt mit, dass aktuell konstruktive Gespräche zwischen Bildungsressort, Senatorin für Finanzen, Senatskanzlei und Magistrat Bremerhaven stattfänden. In vielen Parametern sei bereits Einigung erzielt und ein hohes Maß an Transparenz zwischen Bremen und Bremerhaven hergestellt worden, es benötige aber noch Zeit, ein solides Ergebnis abzustimmen. Eine Einführung zum nächsten Schuljahr sei jedoch mittlerweile fraglich.

Beschluss: Die staatliche Deputation für Bildung genehmigt unter Aussetzung von TOP 3 einstimmig die Tagesordnung.

TOP 2 Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 02. Oktober und 12. November 2014

Beschluss: Die Protokolle werden einstimmig genehmigt.

TOP 3 Bericht über die Erarbeitung einer Richtlinie für die Ressourcenzuweisung für die Unterrichtsversorgung an den öffentlichen Schulen im Land Bremen (Landeszuweisungsrichtlinie) L119/18

Der Tagesordnungspunkt 3 wird ausgesetzt.

TOP 4 Jährlicher Bericht zur Umsetzung des Bremer Konzeptes für Alphabetisierung und Grundbildung L129/18

Frau Schön freut sich über den Zuwachs bei den Teilnehmendenzahlen. Alphabetisierung sei eine zentrale Bildungsaufgabe, bei der nicht locker gelassen werden dürfe. Sie erkundigt sich über die finanzielle Beteiligung der Jobcenter und der Arbeitsagenturen an den Kosten der Maßnahmen. Herr Dr. vom Bruch sieht substantielle Fortschritte, die jährliche Berichterstattung zu dem Thema erweise sich als sinnvoll. Es stehe aber die Frage im Raum, ob für die Absolventinnen und Absolventen der Maßnahmen eine nachhaltige, beruflich verwertba-

re Perspektive entstünde. Auch für Herrn Güngör stellt sich die Frage, was „nach den Kursen“ komme und inwieweit Abschlussprüfungen eine sinnvolle Ergänzung darstellen könnten. Die Anstrengungen hinsichtlich von Alphabetisierung und Grundbildung seien grundlegend für gesellschaftliche Teilhabe. Frau Böschen fragt, ob die bereitstehenden Ressourcen bereits ausgeschöpft seien. Frau Bernhard möchte erfahren, ob eine Verstetigung der projektbezogenen Maßnahmen beabsichtigt sei und ob es Angebote für Menschen mit nichtdeutscher Muttersprache gebe. Frau Häsler fragt angesichts der Geschlechterdisparitäten bei der Alphabetisierung nach männerspezifischen Werbemaßnahmen.

Frau Seevers erläutert, dass für Jobcenter und Arbeitsagenturen rechtliche Grenzen bei der Frage der Finanzierung bestünden, die nur Einzelfallbezug zuließen. Beide Institutionen seien aber Mitglieder des Bündnisses. Auf Abschlussprüfungen werde verzichtet, um die Angebote niedrigschwellig zu halten. Insgesamt bestehe mehr Nachfrage als an Angeboten gemacht werden könne. In der Stadtgemeinde Bremerhaven stünden Dozenten derzeit nicht in ausreichender Zahl zur Verfügung.

Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt spricht sich für die Einführung von Verbleibsuntersuchungen ohne Testcharakter aus. Die Frage sinnvoller Anschlussangebote werde im Dialog mit den Trägern erörtert, dabei müssten auch geschlechtersensible Überlegungen angestellt werden. Der Bericht zeige jedoch, dass es in dem Feld insgesamt zu einer bedeutenden Verbesserung gekommen sein. Insbesondere die erfolgreiche Netzwerkarbeit sei als hocherfreulich zu bewerten.

Beschluss: Die staatliche Deputation für Bildung nimmt den Bericht zur Umsetzung des Bremer Konzeptes für Alphabetisierung und Grundbildung zur Kenntnis. (einstimmig)

TOP 5 Nachwahl eines stellvertretenden Mitgliedes des Landesausschusses für Weiterbildung L130/18

Herr Niermann stellt sich auf Wunsch der Deputation kurz vor.

Beschluss: Die staatliche Deputation für Bildung wählt Herrn Dieter Niermann für die restliche Amtsperiode zum stellvertretenden Mitglied des Landesausschusses für Weiterbildung. (einstimmig)

TOP 6 Gesetz zur Änderung der Bremischen Schuldatenschutzgesetzes L132/18

Herr Dr. vom Bruch zeigt sich erfreut darüber, dass ein entsprechendes Gesetzesverfahren eingeleitet werde. Die beabsichtigte größere Transparenz über den Zusammenhang von Bildungserfolg und sozialen Kontextindikatoren liege im Interesse aller. Herr Güngör schließt

sich dieser Auffassung an. Frau Dogan fragt, ob bezüglich der Vorlage bereits eine Abstimmung mit der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit erfolgt sei.

Herr von Lührte führt aus, dass es bereits einen fachlichen Austausch mit der Landesbeauftragten gegeben habe. Nach Rechtsauffassung der Landesbeauftragten sei die derzeitige Gesetzeslage nicht ausreichend für die erforderlichen Maßnahmen zur Erhöhung der Rücklaufquoten, daher sei man nun in ein Gesetzesänderungsverfahren eingetreten.

Beschluss: Die staatliche Deputation für Bildung nimmt das Gesetz zur Änderung des Bremischen Schuldatenschutzgesetzes gemäß der Anlage zur Kenntnis und stimmt dem weiteren Verfahren zu. (einstimmig)

TOP 7 Sitzungstermine 2015 L133/18

Der vorgeschlagene Termin am 14. April 2015 wird auf den 16. April 2015 verlegt.

Beschluss: Die staatliche Deputation für Bildung stimmt den vorgeschlagenen Sitzungsterminen unter Maßgabe dieser Änderung zu. (einstimmig)

TOP 8 Einrichtung einer Jugendberufsagentur im Land Bremen Stand und Umsetzung (III) L134/18

Frau Dogan bedankt sich für die Vorlage und die bereits erzielten Fortschritte. Sie bittet um kontinuierliche Berichterstattung zu den weiteren Prüfergebnissen. Frau Bernhard äußert die Besorgnis, dass bestehende Maßnahmen des Übergangssystems wegfallen könnten, um die neuen Strukturen zu finanzieren. Herr Dr. vom Bruch hätte eine eigenständige Organisation dem nun entstandenen Netzwerk vorgezogen, grundsätzlich teile man aber die Zielvorstellungen des Senats. Einen wesentlichen Punkt stelle die Sicherstellung geeigneter Monitoring-Instrumente dar. Frau Schön fragt nach der Verbindlichkeit der Zusammenarbeit der Partner. Ihr sei weiterhin wichtig, dass auf die Androhung von Sanktionen im Zuge der Jugendberufsagentur verzichtet werde. Frau Böschen stellt heraus, dass neben der erfolgreichen Zusammenarbeit der Partnerinstitutionen auch die Verbesserung der Berufsorientierung in der Sekundarstufe I von besonderer Bedeutung sei. Frau Schmidtke freut sich darüber, dass sich die politischen Vorschläge in der Vorlage wiederfänden. Aufsuchende Arbeit sei sicherlich ein geeignetes Instrument, um die betroffenen Jugendlichen zu erreichen.

Herr Staatsrat Kück stellt heraus, dass ein geeignetes Monitoring ein Kernpunkt des Gelingens der Jugendberufsagentur darstelle. Durch die Bündelung der Maßnahmen seien zukünftig weniger Maßnahmen innerhalb des Übergangssystems erforderlich. Das Ziel heiße,

mehr Jugendliche direkt in Ausbildung zu bringen. Hinsichtlich der Frage der Sanktionsfreiheit könne Hamburg als gutes Beispiel dienen.

Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt bedankt sich bei den Beteiligten in den drei Senatsressorts und bei den Partnerinstitutionen. Es sei mittlerweile eine Einigung über die Strukturen erfolgt, die geeignet sei, dem bestehenden Problemdruck zu entsprechen. Nun müsse in der Folge die Veränderung des Übergangssystems erfolgen. Dabei gehe es darum, Maßnahmen neu zu akzentuieren. Ziel sei es dabei, das duale Ausbildungssystem zu stärken.

Beschluss: Die staatliche Deputation für Bildung nimmt den Sachstand zur Kenntnis. Sie bittet um die erneute Berichterstattung im März 2015. (einstimmig)

TOP 9 Benchmarking-Bericht 2014 L135/18

Herr Dr. vom Bruch bezeichnet die familiäre Ausgangslage, die sich im Land Bremen darstellt als hochdramatisch. Es sei vor diesem Hintergrund nicht zufriedenstellend, dass die bildungsbezogenen Ausgaben im Ländervergleich unterdurchschnittlich angewachsen seien. Auch gegenüber den anderen Stadtstaaten sei Bremen nun zurückgefallen. Auch Frau Bernhard kritisiert, dass das Land zu geringe Ausgaben im Bildungsbereich tätige. Insbesondere die Ausbauquoten im Ganztag seien nicht zufriedenstellend. Frau Dogan hebt hervor, dass Bremen im Bereich der inklusiven Beschulung im Ländervergleich eine Spitzenposition einnehme. Herr Güngör weist darauf hin, dass die zu Grunde liegenden Zahlen vor allem in Bezug auf den Ganztag bereits überholt seien, da die Grundlage des aktuellen Benchmarks der Jahresabschluss von 2012 darstelle.

Die zunehmende Diskrepanz zum Ausgabeniveau von Berlin und Hamburg werde bereits politisch kommuniziert, erläutert Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt. Die erfolgte Aufstockung des Haushaltsansatzes für den Bildungsetat sei ein Ergebnis dieser Beratungen.

Beschluss: Die staatliche Deputation für Bildung nimmt den Berichtsteil Produktplan 21 Bildung des Benchmarking-Berichts 2014 zur Kenntnis. Die staatliche Deputation für Bildung bittet darum, den entsprechenden Protokollauszug bzgl. dieses Tagesordnungspunktes sowie die Zusammenfassung an die Senatorin für Finanzen zur Weiterleitung an den Haushalts- und Finanzausschuss zu übermitteln. (einstimmig)

TOP 10 Verschiedenes und Berichte

Bericht: Anträge von Schulen auf ganztägige Beschulung im Land Bremen

Die staatliche Deputation für Bildung nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Bericht: Umgang mit fastenden Schülerinnen und Schülern

Die staatliche Deputation für Bildung nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Bericht: Prognose über die Abgänge aus dem Schuldienst der Stadtgemeinde Bremerhaven bis 31. Juli 2018

Die staatliche Deputation für Bildung nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Bericht: Aktualisierung der Stundentafeln für Grundschule, Oberschule und Gymnasium nach Erlass des neuen Bildungsplans Religion

Die staatliche Deputation für Bildung nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Kenntnisgabe: Bericht zum Stand/Ergebnis der Verhandlungen mit dem Land Niedersachsen über die Festsetzung des zu zahlenden Gastschulgeldes

Herr Dr. vom Bruch findet die geringe Höhe des Zuschusses des Landes Niedersachsen für Gastschülerinnen und Gastschüler als nicht zufriedenstellend. Herr Staatsrat Kück verweist darauf, dass von Niedersachsen momentan nur ein Angebot vorliege und man sich weiterhin in Verhandlungen befinde. Die staatliche Deputation für Bildung werde über den Verlauf der Verhandlungen unterrichtet werden.

Beschluss: Die staatliche Deputation für Bildung nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt schließt die Sitzung um 17:10 Uhr.

Dr. Thomas vom Bruch	Daniel de Olano
Sprecher der Deputation	Protokoll